



Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion
Schloßplatz 6
Rathaus - 3.Stock / Zi. 308
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60 / 59

Fax: 0611 - 31 69 26

www.BLW-Fraktion.de

E-Mail:

BLW-Fraktion@Wiesbaden.de

Bankverbindung:

Nassauische Sparkasse Wiesbaden

Kto. 110 241 700

BLZ 510 500 15

Fraktionsvorsitzender:

Dr. Michael von Poser

Geschäftsführer: K.H. Maiertl

Wiesbaden, 06.03.2007

Pressemitteilung :

Zum Oberbürgermeisterwahlkampf

In dieser Wahl hat der Wähler keine realistische Alternative, da die beiden aussichtsreichsten Kandidaten derselben Koalition angehören. Die Politik der Koalition für die nächsten Jahre ist im Koalitionsvertrag festgelegt.

Im Wahlkampf wird der Eindruck erweckt, als stünde in Wiesbaden alles zum besten und als würden die restlichen Probleme von Jamaika nach der Wahl gelöst. Die BLW ist dagegen der Meinung, daß es gravierende Fehlentwicklungen gibt, die sich nach der Wahl fortsetzen werden. Das bedeutet nicht, daß wir alle Entscheidungen der Koalition in Frage stellen, weil sie von der Koalition kommen. Die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung, die wir einst als erste angeregt haben, finden wir richtig. Aber um beim Umweltschutz zu bleiben: Den Bau eines riesigen Kohlekraftwerks halten wir für eine katastrophale Fehlentscheidung.

- Einzelhandel. In Wiesbaden haben in den letzten Jahren an die fünfzig Einzelhandelsgeschäfte aufgegeben, darunter viele alteingesessene Häuser. Das Liliencarré ist monströs, ein Schlag gegen die Lebendigkeit der Innenstadt. Mit dem geplanten Möbelhaus am Petersweg wird der innenstadtfeindliche Trend von der Jamaika-Koalition fortgesetzt.
- Stadtplanung. Es zeigt sich schon jetzt, daß die Fußgängerzone eine sterile und ungemütliche Einrichtung wird. Für die BLW sind sowohl der Kurplatz wie auch der Mauritiusplatz mißlungen. Der Bahnhofsvorplatz weist eine ähnliche Gesichtslosigkeit nach Leerräumaktion auf. Beim Platz der Deutschen Einheit wird eine Großbebauung projektiert, man fängt mit einem Polizeipräsidium und einer Großsporthalle an, es ist absolut unklar, wie hier ein schöner lebendiger Platz herauskommen soll. Wir haben keinerlei Zutrauen zu den Platzgestaltern in dieser Stadt, und sehen mit Sorge weiteren Umgestaltungen entgegen wie bei dem jetzt schon malträtierten Platz am Kochbrunnen.
- Architektur. Eine Wende zu einer menschengemäßerer und phantasievolleren Architektur ist nirgends erkennbar. Wettbewerbe werden weiter so organisiert, daß wirkliche Alternativen keine Chance haben. Das wird sich als besonders schlimm erweisen beim Stadtmuseum. Eingehen auf das Wiesbadener Ensemble war bisher kein Gesichtspunkt bei den diesbezüglichen Planungen.

- Sauberkeit. Es wird immer wieder beteuert von der Verwaltung, daß man viel tue für die Sauberkeit in der Stadt. Ein wirklicher Fortschritt ist für uns nicht erkennbar. Typisches Beispiel: Sprayertum. Es gibt in Wiesbaden markante Stellen, die seit Jahren übersprüht sind, z.B. die Mauer an der Sonnenberger Straße Nähe Dietenmühle. In andern Städten geht man systematisch gegen die Sprayerei vor, in Wiesbaden wird sie immer noch gefördert.
- Kunst. Kunstförderung heißt bei uns eigentlich nur noch Förderung von Gag-Kunst, die dann oft noch entsorgt werden muß. Dafür werden riesige Beträge ausgegeben. An eine Erweiterung des Spektrums zu mehr Bedeutsamkeit und Könnertum hin wird nicht gedacht. Was bieten da andere Städte, z.B. Frankfurt!
- Bürgerbeteiligung. Jamaika setzt auf PPP-Projekte. Es scheint so, als sollten alle wichtigen Vorhaben so abgewickelt werden. Man denke an das Justiz- und Verwaltungszentrum an der Mainzer Straße und das Polizeipräsidium am Platz der Deutschen Einheit. PPP bedeutet größtmögliche Geheimhaltung: ehe der Bürger sich versieht, ist alles entschieden, eine öffentliche Diskussion findet nicht vor den wichtigen Entscheidungen statt. Hier wird die Beteiligung der Bürger am Entscheidungsprozeß unmöglich gemacht.
- Integration. Wir unterstützen alle vernünftigen Maßnahmen zur Integration ausländischer Mitbürger und sehen auch kein gravierendes Ausländerproblem in Wiesbaden. Als gefährlich für den Zusammenhalt der Gesellschaft betrachten wir die Aktivitäten von muslimischen Organisationen, die eine andere Werte- und Rechtsordnung als die unsere wollen, also verfassungsfeindliche Gruppierungen wie Milli Görüs. Weder bei Dr. Müller noch bei Frau Thies ist erkennbar, daß sie der Tendenz zur Bildung von Parallelgesellschaften entschieden entgegentreten wollen. Die geplante Integrationsvereinbarung wird kein Mittel dazu sein, da sie keine Sanktionen bei Vertragsbruch vorsieht. Antidemokratische und antiwestliche Bestrebungen werden gefördert, indem man ihren verfassungsfeindlichen Charakter gütig übersieht und den organisatorischen Aufbau solcher Vereine unterstützt. Ein Blick in die europäischen Nachbarländer und in die Welt zeigt, wie hier Entwicklungen aus der Kontrolle geraten können. Die Gefahr der Parallelgesellschaft bagatellisieren ist für uns eine ganz inakzeptable Politik.

Wir möchten die Wiesbadener auf diese nach unserer Meinung wichtigen Punkte hinweisen, die in der Wahlpropaganda nicht untergehen sollten.

Dr. Michael von Poser

Thorsten Reiß